

Brieser Tageblatt

und Anziger (Elberfeld und Anzeiger).

Sechstausch: Tageblatt Riesa.

Bezirk Nr. 20.

Das Brieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtsgerichtsbehörde Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Handelsamts Weida.

Geschäftssitz: Dresden 1100

Große Riesa Nr. 52.

Nr. 176.

Sonnabend, 31. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Brieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Überschreitens von Bezahlungsverzerrungen, Schätzungen der Höhe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Rückerstattung sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorans. zu bezahlen; eine Gewähr für das Auftreten an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Gründungszeitung (8 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm dritte Stellenzelle 100 Gold-Pfennige; zeitgenössischer und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlung und Erfüllungsort: Riesa. Wichtigste Unterhaltungsbeiträge: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Kontrollen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die lateinische Krise.

Die Währungskrise, die der Frank jetzt durchzumachen hat, ist nicht die einzige in Europa. Fast alle lateinischen Währungen — vielleicht mit Ausnahme der spanischen — sind von ihr betroffen. Eine Zeit lang schien es, als ob die Kursschwäche der lateinischen Währung für Frankreich, Italien und Belgien die gleiche sei. Erst als der französische Frank seinen großen Kurssprung begann, gingen die Kursschwächen der einzelnen Valuten noch auseinander; zuerst überflügelte der französische Frank die italienische Lira und dann sogar den belgischen Franken. Während es Italien gelungen ist, den Sturz der italienischen Währung wenigstens vorläufig aufzuhalten, waren alle Versuche in Belgien und Frankreich bisher vergeblich.

Anfolge der alemisch gleichförmigen Bewegung der lateinischen Valuten lag der Gedanke nahe, eine gemeinsame Aktion zur Stützung der Währungen einzuleiten. Bekanntlich wurde unter der Finanzministerialität von Paris des öfteren davon gesprochen, die Stabilisierung des französischen Franken gemeinsam mit Italien und Belgien zu versuchen. Weshalb dieser Gedanke wieder aufgegeben wurde, ist nicht ganz klar. Wahrscheinlich stand es daran, dass es keine finanzielle Freiheit bei einer internationalen Aktion für die Währungsstützung einbüßen würde. Als dann die Kursschwächen zwischen den einzelnen Valutten größer und größer wurden, verstand es sich von selbst, dass der Gedanke einer lateinischen Kooperation fallen gelassen wurde. Es ist außerdem fraglich, ob z. B. die französische und italienische Interessen bei gemeinsamer Währungsstabilisierung hätten in Einklang gebracht werden können. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind bei den beiden Ländern so verschieden, dass ein Erfolg gemeinsamer Stabilisierungsmaßnahmen zu mindesten zweifelhaft gewesen wäre.

Andererseits liegen jedoch die Verhältnisse bei einer gemeinsamen Stabilisierung der belgischen und französischen Währung. Erstens sind die Erfolgsaussichten größer, wenn in die Kooperation nur zwei statt drei Staaten einbezogen sind, zweitens sind die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Voraussetzungen in Belgien nicht sehr von denen in Frankreich verschieden. Außerdem ist die Kursschwäche verhältnismäßig gering. Es scheint insgesamt, als ob man den alten Plan gemeinsamer Vorgehens in der Währungsreform sowohl in Belgien wie in Frankreich wieder aufgenommen hat. Aus Paris wird jedesfalls gemeldet, dass der belgische und der französische Außenminister Verhandlungen über gemeinsame Maßnahmen zur Stützung der Währung führen. Dass die Außenminister und nicht die Finanzminister über dieses Thema verhandeln, ist allerdings kennzeichnend dafür, dass die Angelegenheit noch nicht ganz spruchreif ist.

Für Belgien liegt zunächst — wenigstens äußerlich — kein Grund vor, sich währungspolitisch enger an Frankreich anzuschließen. Es ist ihm mit einiger Mühe gelungen, den Kurs des belgischen Franken wenigstens vorläufig ungefähr zu halten, wenn auch die dictatorischen Maßnahmen der belgischen Regierung nicht dauernden Erfolg versprechen. Allerdings verlor die Entwicklung der Währungsverhältnisse in Frankreich nicht sonderlich zu einer gemeinsamen Aktion, zumal die Reformpläne Poincarés einigermaßen problematisch sind. Dabei ist außerdem noch zu berücksichtigen, dass die Finanzverhältnisse in Belgien, so wie sie aus sein mögen, immer noch günstiger sind als die Finanzverhältnisse in Frankreich. Dass die finanzpolitische Haltung einer Stabilisierung bei beiden Ländern aber einigermaßen gleich sein muss, ist selbstverständlich.

Ob die Erfolgsaussichten einer gemeinsamen Aktion Belgiens und Frankreichs größer sind als die französischen und belgischen Stabilisierungskonstruktionen, die jedes Land isoliert auszuführen beabsichtigt, erscheint zum mindesten sehr zweifelhaft. Vorläufig geben die Wege, die die Finanzpolitik eines jeden Landes einschlägt, so weit aufeinander, dass nur bei einer grundlegenden Änderung der französischen Beziehungswelt der belgischen Finanzpolitik an eine gemeinsame Aktion gedacht werden kann. Ein definitives Urteil darüber lässt sich zur Zeit noch nicht fällen, da weder die französischen noch die belgischen Stabilisierungskonstruktionen vollkommen bekannt sind. Allerdings haben die französischen und die belgischen Finanzprogramme das Gemeinsame, dass sie auf drastischen Sparmaßnahmen aufgebaut sind. Das trat vor allem in Belgien klar zu Tage. Über auch in Frankreich scheint man an rigorose Einschränkung der Ausgaben zu denken. Angeblich bedarfte Poincaré, den Achtundertag auszubauen, die Beamten radikal abzubauen und ähnliche Maßnahmen durchzuführen. Da Poincaré noch nichts über seine eigentlichen Stabilisierungspläne hat verlauten lassen, ist sehr leicht möglich, dass Kooperation mit Belgien von ihm überhaupt von vornherein vorgesehen war. Auf jeden Fall aber wäre ein gemeinsamer französisch-belgischer Stabilisierungsvorschlag ein interessantes Experiment, dem man nicht deswegen den Erfolg absprechen darf, weil es bisher noch nicht beweisen ist.

Neuer Konflikt in Magdeburg.

Untersuchungsrichter Kölling lehnt die Berliner Beamten ab.

Magdeburg, 30. Juli. Der Untersuchungsrichter in der Nordische Helling, Landgerichtsrat Kölling, soll ein ausführliches Schreiben an den Polizeipräsidenten von Magdeburg gerichtet haben, in dem er daran hinweist, dass seinerzeit Kriminalkommissar Büddorf aus Berlin ohne seinen Auftrag mit den Untersuchungen in der Nordische Helling betraut worden sei und entgegen seinen Weisungen und seinem Willen Amtshandlungen in Magdeburg und Umgebung vorgenommen habe. Kriminalrat Gollnow aus Berlin habe gleichfalls ohne seine Erlaubnis gemeinsam mit Büddorf den Untersuchungsgefangenen Schröder verhört. Weiter wendet sich Landgerichtsrat Kölling gegen die Preliminaryinformationen, die dem Fortgang der Untersuchung abträglich gewesen seien. Kölling erinnert daran, dass er gleich nach der Zurückziehung des Magdeburger Kommissars Tenholt, den er für die Fortführung der Untersuchung für unerlässlich hält, erlöst habe. Tenholt wiedert zur Verfügung getreten ist, um den Untersuchungsermittlungen zu folgen. Kölling lehnt daher die von Berlin gesuchte Einstellung des Preliminaryverfahrens ab und bestätigt die Einstellung des Preliminaryverfahrens gegen Tenholt, der ihm wieder zur Verfügung gestellt werden müsse.

Weiz rüstt Schering zu Hilfe.

* Berlin, 30. Juli. Zu dem Brief des Untersuchungsrichters Kölling an den Polizeipräsidenten von Magdeburg erklärt der Vorstand der Landeskriminalpolizei, Regierungsdirektion Weiz (Berlin): „In dem Schreiben des Landgerichtsrats Kölling Stellung zu nehmen, muss ich mir für den Augenhinter verlassen. Inhalt und Form des Briefes sind derart, dass ich die Entscheidung über die notwendigen weiteren amtlichen Maßnahmen dem Herrn Minister des Innern überlassen muss. Gestillt möchte ich zunächst nur zweierlei: 1. Das Schreiben des Untersuchungsrichters ist der Presse, und zwar nur einem Teil der Presse angegangen, bevor der Leiter der Magdeburger Kriminalpolizei, den ich ebenfalls fernmündlich gekrönt, Kenntnis von dem Schreiben hatte. 2. Die Behauptungen des Schreibens, soweit sie meine Person betreffen, sind in wesentlichen Punkten unrichtig.“

Die Magdeburger Richter billigen das Vorgehen Köllings.

* Berlin, 30. Juli. Landgerichtsrat Reichle, der Vorsitzende des Bezirksverbandes Magdeburg vom preußischen Richterverein, erklärt, die Meldung sei unzutreffend, dass das Magdeburger Richterkollegium in copore dem verantwortlichen Untersuchungsrichter Kölling beigelegt sei, und dass das Kollegium es ablehnt habe, mit dem vor

Berlin zwangsläufig dem Magdeburger Gericht auf die Rute gelegten Kriminalkommissar Büddorf und den Beamten Gollnow und Martinz zusammenzuarbeiten. Eine Konferenz oder ein Zusammentreffen des Magdeburger Richterkollegiums hat überhaupt nicht stattgefunden. Als Vertreter des Verteidigungsbundes des preußischen Richtervereins habe ich, schreibt Herr Reichle, mit einer Reihe von Richtern — namentlich mit ehemaligen Untersuchungsrichtern (zum einen ich auch gehörte) — Söhle gewonnen und kann mitteilen, dass das Verhalten des Untersuchungsrichters Kölling, soweit es uns bekanntgeworden ist, einwandfrei ist und von uns durchaus genehmigt wird. Die Angreifer, die von uns eingehend verfolgt werden, sind völlig unbegründet. Dieser Handpunkt wird dann im einzelnen begründet.

Eingreifen des preußischen Ministers des Innern in die Magdeburger Nordhalle.

* Berlin, 30. Juli. Der Amtliche Preußische Presse-dienst teilt mit: Der Magdeburger Landgerichtsrat Kölling hat an den Polizeipräsidenten in Magdeburg am 30. Juli d. J. ein Schreiben gerichtet, das in einem Teil der Berliner Presse bereits veröffentlicht worden ist, bevor es dem Magdeburger Polizeipräsidenten zugestellt worden war. Der Inhalt des Briefes und seine Natur, soweit sie verhältnisch sind, haben den preußischen Minister des Innern veranlasst, den Magdeburger Polizeipräsidenten anzuweisen, das Schreiben unbegrenzt zu lassen.

Es bleibt bei den von dem preußischen Minister des Innern getroffenen Anordnungen.

Die nach Magdeburg entsandten Berliner Kriminalbeamten verbleiben dort zur Verfügung der Justizbehörden. Der Magdeburger Kriminalkommissar Paulat ist aus dienstlichen Gründen an eine andere Polizeiverwaltung abgestellt.

Im übrigen wird der preußische Minister des Innern wegen der in dem Schreiben enthaltenen schweren, völlig unbegründeten Vorwürfe gegen Beamte seines Ministeriums weitere an zuständiger Stelle veranlassen.

Zum Eingreifen des preußischen Ministerien in der Magdeburger Nordhalle.

Magdeburg. (Funkspruch.) Der Magdeburger Polizeipräsident Menzel ist heute früh in Magdeburg eingetroffen. Er hat seinen Urlaub plötzlich unterbrochen und begibt sich sofort zum Oberpräsidenten Hörsing und zum Sicherungspräsidenten, um mit ihnen über die Situation zu sprechen. Es wurde beschlossen, dass der Polizeipräsident, der Sicherungspräsident und der Oberpräsident zusammen eine Gegenverfügung gegen die Angriffe des Untersuchungsrichters Kölling vorbereiten.

Schwerde bei den Justizminister.

Berlin, 30. Juli. Das preußische Justizministerium hat noch gestern abend den Stellvertreter des preußischen Justizministers, Staatssekretär Dreieck, von der Schwerde verständigt, dass es gegen den Untersuchungsrichter in der Magdeburger Justizsäule Kölling erhebt.

Kein Rücktritt Dr. Gehlers.

qu. Berlin. In politischen Kreisen ist davon die Rede, dass Reichswehrminister Dr. Gehler amüsante in und beabsichtigt, im Herbst aus dem Kabinett auszusteigen, wenn die Verhandlungen über eine Umbildung der Regierung auf breiter Grundlage vorgenommen werden. Hierzu hören wir von einer Dr. Gehler nahestehenden Verbindlichkeit, dass allerdings der Gesundheitszustand einen Rücktritt des Reichswehrministers rechtlicht, dass aber im Hinblick auf die notwendige kontinuierliche Linie in der Führung der Reichswehrangelegenheiten der Minister solange auf seinem Posten verbleiben werde, bis die Organisation durchgeführt sei und der Apparat automatisch funktioniere. Im übrigen ist mit wesentlichen Veränderungen im Kabinett nicht zu rechnen, falls der Reichstag gegen den Beschluss des Kanzlers nichts einzuwenden hat, es bei der Regierung der Witte zu belassen.

Sitzung der Botschafterkonferenz.

* Paris. Die Botschafterkonferenz hielt gestern eine Sitzung ab, in der sie sich, wie der Temps berichtet, mit der Erledigung laufender Angelegenheiten und insbesondere mit der Prüfung verschiedener Fragen beschäftigte, die die Entwicklung Deutschlands betreffen und die den Gegenstand der fürstlich in Berlin übermittelten Note des Generals Walsh bildeten.

Ein Kabinettsstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu“ Man verlangt Vertreter: Rich. Schwade es überall. Riesa a. Elbe. Ferndorf 40.